



Niederschrift

11. Plenarsitzung des Gemeinderates
24. Juni 2025, 15:30 Uhr
öffentlich
Bürgersaal, Rathaus am Marktplatz
Vorsitzender: Oberbürgermeister Dr. Frank Mentrup

Punkt 5 der Tagesordnung: Haushaltssicherung Stadt Karlsruhe; haushaltswirtschaftliche Sperre 2025 - Umsetzung
Vorlage: 2025/0403/1

Punkt 5.1 der Tagesordnung: Hebammensprechstunden erhalten – Einsparungen gefährden präventive Gesundheitsversorgung für Schwangere und Neugeborene
Änderungsantrag: GRÜNE
Vorlage: 2025/0403/2

Punkt 5.2 der Tagesordnung: Haushaltssicherung: Haushaltswirtschaftliche Sperre im Teilhaushalt Kultur nach geänderten Kriterien umsetzen
Änderungsantrag: GRÜNE
Vorlage: 2025/0403/3

Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt die von den Dienststellen vorgeschlagenen Haushaltsmaßnahmen im Haushaltsplanvollzug 2025 durch Sperren bei den Aufwandsansätzen beziehungsweise Aktualisierung der Ansätze der Erträge umzusetzen.

Die Stadtkämmerei empfiehlt damit die Aufhebung der haushaltswirtschaftlichen Sperre. Die Umsetzung der gemeldeten Maßnahmen/Budgetkürzungen ist jedoch zwingend notwendig.

Abstimmungsergebnis:

TOP 5: Mehrheitliche Zustimmung (41 Ja, 5 Nein)

TOP 5 (Teilhaushalt 4100 und 5000 aus der Anlage 2): Mehrheitliche Zustimmung (40 Ja, 5 Nein)

TOP 5.1 Mehrheitliche Ablehnung (20 Ja, 26 Nein)

TOP 5.2 Mehrheitliche Ablehnung (15 Ja, 29 Nein, 2 Enthaltungen)

Der Vorsitzende ruft Tagesordnungspunkt 5 zur Behandlung auf und verweist auf die erfolgte Vorberatung im Haupt- und Finanzausschuss am 3. Juni 2025.

Stadtrat Dr. Cremer (GRÜNE): Zunächst einmal gilt mein Dank der Verwaltung, die diesen Maßnahmenkatalog zusammengestellt hat, damit wir die Haushaltssperre auch aufheben können. Es war eine mühevoll Arbeit, um eben zu identifizieren, wo denn kurzfristig eingespart werden könnte, damit der Haushalt auch noch für 2025 funktioniert. Wir bedauern natürlich auch, dass die Maßnahmen als Zumutung für die Bürgerinnen und Bürger gesehen werden können. Dennoch glauben wir, dass es die beste Lösung ist, wenn wir selber einsparen und nicht einfach den Kopf in den Sand stecken. Denn am Ende dieses Weges würde das Regierungspräsidium Vorgaben machen, die wir alle nicht haben wollten. Wir stehen also zu der Verantwortung, dass wir selber einsparen wollen. Damit behalten wir die Gestaltungshoheit in unserer Stadt bei. Wir werden dieser Vorlage zustimmen.

Dennoch haben wir zwei Änderungsanträge gestellt. Wir wollen damit unverzichtbare, kleinteilige Strukturen in zwei elementar wichtigen Bereichen bewahren. Wir fürchten, dass andernfalls die Ad-hoc-Maßnahmen um die Haushaltssperre herum diese verloren gehen lassen könnten. Im Bereich der Förderung der Kultur wollen wir die kleinen Institutionen von den Einsparungen ausnehmen und die mittleren entlasten. Die kleinteilige, vielfältige und bunte Kulturszene ist ein Wesenselement dieser Stadt, der demokratischen Gesellschaft dieser Stadt. Sie ist oft nur sehr prekär finanziert. Wir wollen hier keine Strukturen zerschlagen, ausschließlich weil jetzt schnell gehandelt werden muss und nicht in Ruhe abgewogen werden kann. Außerdem wollen wir die VHS von den Einsparmaßnahmen wegen ihrer herausragenden Bedeutung für die Bildung ausnehmen. In der Folge werden die beiden großen Einrichtungen, ZKM und Staatstheater, höhere Einsparbeiträge leisten müssen, um die notwendige Summe zu erreichen. Uns ist die Härte bewusst. Wir bedauern diese Härte, sind aber der Überzeugung, dass diese beiden Institutionen durch diese einmalige Maßnahme nicht gefährdet sind. Und für die Zukunft wollen wir ein Konzept, wie die Förderung der Kultur auf Kriterien begründet werden kann, damit wir besser abwägen können, wo wir Geld ausgeben wollen.

Die Hebammensprechstunden stehen für uns für den Beginn eines guten Lebens, eines gesunden Lebens in Karlsruhe. Sie werden durch freie Hebammen geleistet, die nicht einfach ein gutes halbes Jahr lang warten können, ob sie 2026 diese Arbeit wieder leisten werden können. Diese Hebammen vermitteln auch wesentliche Unterstützungsangebote. Dies hilft Eltern, die Herausforderung ihres Elternseins zu bewältigen. Die Hebammenbesuche haben insbesondere für Menschen mit Migrationshintergrund einen Wert, da sie tendenziell die Strukturen von Hilfen und der Verwaltung weniger kennen. Sie leisten damit einen wesentlichen Teil von Integrationsarbeit in dieser Gesellschaft. Wir bitten um Zustimmung zu unseren Änderungsanträgen.

Stadtrat Hofmann (CDU): Nachdem ich in den letzten Sitzungen öfters die Verwaltung kritisiert habe, muss ich hier ein ausdrückliches Lob aussprechen. Ich denke, das ist wirklich eine ganz schwierige Arbeit, wenn man Leuten etwas wegnehmen muss und dies dann auch noch so zu Papier zu bringen. Von daher haben wir uns auch ganz klar gesagt, da dürfen wir nichts oder fast nichts im Prinzip jetzt daran noch umändern. Klar, wir haben im Vorfeld gerade mit der Zweitkind-Regelung das eine oder andere noch einmal angesprochen oder verschoben. Aber im Großen und Ganzen glaube ich, ist es ein guter, richtiger Schritt, und zwar ist es ein ganz kleiner Schritt. Was uns erwarten wird im Herbst, das hat ganz andere Dimensionen.

Von daher muss ich dem Kollegen Cremer wirklich widersprechen. Wenn wir jetzt so kleinteilig herangehen und hier ganz kleinteilig jedes Einzelne noch einmal aufdröseln, dann kommen wir zu überhaupt nichts, und dann brauchen wir uns im Herbst gar nicht zusammensetzen. Also das macht überhaupt gar keinen Sinn. Vor allem, wenn ich Ihren Vorschlag von der Kultur noch einmal durchgehe, da sagen Sie, die Kleinen weniger. Die Kleinen sehen Sie aber bis 200.000 Euro Förderung. Was ist denn da dran klein? Also in dem Fall, glaube ich, ist es wirklich leider völlig der falsche Weg, so heranzugehen. Denn wer diese 1,3 Prozent nicht mitgehen kann, jetzt in den kleinen Bereichen, da müssen wir uns fragen, ob der nicht eventuell im Herbst sowieso dann durch ein nächstes Raster fallen würde.

Die frühen Hilfen waren von Anfang an immer auch schon ein Herzensprojekt der CDU. Da sind wir immer mitgegangen und haben das auch immer unterstützt. Aber man muss ganz klar sagen, hier ist es ein ganz kleiner Teil mit den 70.000 Euro, der wiederum auch von der Verwaltung vorgeschlagen wurde und den wir vor ein paar Jahren zusätzlich mit aufgenommen haben als zusätzliche Information. Und das sehe ich genauso wie mein Kollege Müller vorhin gesagt hat. Das ist einfach jetzt ein zusätzlicher Standard, den wir uns vielleicht nicht leisten können. Aber auch hier verlieren wir absolut niemanden. Das heißt doch nicht, dass wir gar niemanden mehr fördern, sondern wir gehen hier einen Weg, dass wir überall versuchen, einen kleinen Teil zu reduzieren. Und von daher tragen wir diese Verwaltungsvorlage in Gänze auch so mit.

Stadtrat Dr. Huber (SPD): Die letzten Wochen und Monate waren extrem anstrengend für uns als Mandatsträgerinnen und Mandatsträger, für die Mitarbeitenden der Verwaltung, aber auch für die Bürgerinnen und Bürger, die von unseren Sparmaßnahmen unmittelbar betroffen sind. Wir hatten sehr wenig Zeit, uns mit den Maßnahmen auseinanderzusetzen. Das betrifft uns wirklich alle. Und wir wissen selbst heute bei vielen Maßnahmen, und das wird sich auch mit längerem Vorlauf nicht ändern, nicht wirklich, was denn am Ende die Auswirkungen sind von dem, was wir heute beschließen.

Nichtsdestotrotz sind wir gezwungen, es zu tun. Und der Druck steigt noch mehr, wenn wir wissen, dass wir heute nur 15 Millionen Euro sparen müssen und im Dezember dann 80 Millionen, noch einmal eine ganz andere Hausnummer. Was wir ganz klar gesehen haben, und das haben wir eigentlich alle vorher gewusst, die tiefhängenden Früchte sind abgeerntet, das klingt nach einer Phrase, aber man spürt es heute wirklich, denn jede Maßnahme, die wir hier beschließen, schmerzt zutiefst. Für uns als Sozialdemokraten, mein Kollege Matthias Tröndle hat es schon so schön gesagt, trifft natürlich alles im Sozialbereich unheimlich schwierig. Ob das die frühen Hilfen sind oder ob es die Projektförderungen bei der Schulsozialarbeit sind, das sind Dinge, die uns wirklich wehtun, auch weil wir sie mit auf den Weg gebracht haben.

Was uns auch schmerzt, ist die freie Kultur. Wir haben die freie Kultur immer unterstützt. Wir haben uns stark gemacht mit unserem Antrag in der letzten Haushaltsrunde, die Dynamisierung einzuführen, und jetzt müssen wir trotzdem wieder ein Stück von diesem Aufwuchs, den wir erkämpft haben, schmerzhaft abschneiden. Aber es ist notwendig, weil es auch zur Ehrlichkeit der Debatte gehört und zu dem gehört, was auf uns zukommen wird im Dezember. Wir müssen das tun, damit wir handlungsfähig bleiben. Wir sehen bei anderen Kommunen, was passiert, wenn man Haushaltssperren nicht auflösen kann, wenn das Regierungspräsidium angreift. Und da möchte ich mich ganz klar an meinen eigentlich sehr

geschätzten Kollegen Lüppo Cramer und seine zwei Fraktionskollegen, die ich auch sehr, sehr schätze, wenden. Sagen Sie uns doch, wo Sie es machen wollen. Sie verkaufen, es tut mir leid, aber Sie verkaufen doch die Öffentlichkeit hier für blöd. Sie setzen sich hin und sagen, diese ganzen Dinge wollen wir nicht einsparen, weil sie uns wichtig sind. Uns sind sie auch wichtig. Sie unterstellen uns, uns wäre es nicht wichtig. Uns sind sie genauso wichtig, aber wir erkennen die Wahrheit an, und die Wahrheit heißt, irgendwo muss das Geld herkommen. Der städtische Haushalt hat 780 Seiten. Machen Sie sich doch die Mühe und gucken Sie die 780 Seiten mal durch, und dann sagen Sie uns, wo Sie das Geld einsparen können. Und wenn Sie das gemacht haben, dann dürfen Sie hier auch gerne schreien, das will ich nicht einsparen, das will ich nicht einsparen, aber nicht ohne Gegensparmaßnahmen. Denn das gehört nicht zur Ehrlichkeit der Debatte.

Zwei Maßnahmen, zwei Änderungsanträge haben wir noch vorliegen, auf die ich auch nur ganz kurz eingehen möchte. Wir verstehen das, wir verstehen die Not, aus der sie gestellt wurden. Wir haben natürlich Sympathie, aber es ändert nichts daran, dass sie auch, tut mir leid, in manchen Ansätzen etwas feige sind. Der Antrag mit den frühen Hilfen, die uns auch unheimlich am Herz liegen. Sie sagen auch einfach nur, nehmen Sie das Geld halt bitte irgendwo anders. Aber wo es dann genommen werden soll, das sagen Sie nicht. Und bei der Kultur, da machen Sie den Trick, dass Sie die Großen noch mehr belasten, Staatstheater mit 600 Mitarbeitern, das ZKM mit 100 Mitarbeitern. Wo sollen die denn dieses Geld auch noch herbringen, um einzusparen? Es tut mir leid, auch die Verschiebung ist nicht gerecht und wird der Anforderung, der Verantwortung, der wir uns stellen müssen, nicht gerecht.

Stadtrat Schnell (AfD): Machen wir es kurz. Nachdem die von der AfD-Fraktion von Anfang an abgelehnte Abschaffung des Geschwisterkinderzuschusses für dieses Jahr vom Tisch ist, können wir der städtischen Vorlage zustimmen. Aber ich kann bereits hier und heute ankündigen, dass wir bei den Beratungen für den kommenden Doppelhaushalt bei diesem Thema jedwede Kürzungen ablehnen werden.

Zu den Ergänzungsanträgen: Den zu den Hebammen-Sprechstunden lehnen wir insbesondere wegen des blumigen Kompensationsvorschlages, Zitat, der Fehlbetrag nach Punkt 1 zur Aufhebung der hauswirtschaftlichen Sperre soll durch eine Verteilung innerhalb des Dezernats 3 erbracht werden, ab. So einfach darf man es sich nicht machen. Bei den Einsparungen im Teilhaushalt Kultur halten wir das Vorgehen der Stadt für sinnvoll. Moderate Kürzungen 1,3 Prozent bei den institutionellen Förderungen, die den Bestand der Institutionen nicht gefährden, während bei den Projektzuschüssen eine stärkere Kürzung durchaus vertretbar ist. Wenn Projekte eine Zeit lang nicht stattfinden können, bedeutet das nicht zwangsweise deren dauerhaftes Aus. Zudem gibt es den Projektinitiatoren Gelegenheit und Ansporn, selbst verstärkt nach Drittmitteln und Sponsoren Ausschau zu halten, weshalb wir auch diesen Änderungsantrag ablehnen.

Des Weiteren halten wir es für unseriös, solche Ergänzungsanträge erst am Tag der Gemeinderatssitzung einzureichen, wenn die jeweiligen Einsparvorschläge der Stadt zu beiden Themen den Fraktionen bereits seit etlichen Wochen bekannt waren und hinreichend Gelegenheit bestand, deutlich früher diese Anträge zu formulieren und einzureichen.

Stadtrat Dr. Noé (FDP/FW): Ich muss tatsächlich auch für die Öffentlichkeit noch einmal darauf hinweisen, dass wir heute diese Maßnahme beschließen müssen, um den

Nachtragshaushalt zu vermeiden. Diese Diskussion um die Aufhebung der Haushaltssperre und was wir heute erleben, ist nur ein Vorgeschmack auf den kommenden Herbst. Ich möchte noch mal deutlich sagen, es geht um das, was Kollege Tröndle auch gesagt hat. Es kann meines Erachtens nicht sein, dass diejenigen, die am lautesten protestieren, die am besten organisiert sind, die Petitionen verfassen, die vernetzt sind und die vielleicht aber doch starke wirtschaftliche Schultern haben, dass die jetzt erst einmal verschont werden und die kleinen Maßnahmen, die sozialen Maßnahmen, wie hier diese Transportleistung, dass die in keinsten Weise weiter diskutiert werden. Wir müssen im weiteren Vorgang der Haushaltssicherung ein Auge darauf haben, dass nicht diejenigen, die am lautesten schreien, hinterher verschont werden.

Wir werden auch selbst, meine Fraktion, zum Doppelhaushalt eigene konstruktive Vorschläge einbringen. Dabei werden wir auch bestehende Strukturen und Institutionen auf den Prüfstand stellen, hinterfragen, was haben wir denn für Budgets, sind die denn richtig angelegt, was ist denn zielführend, was ist eigentlich mehr Ballast, was kann vertagt werden, oder was muss vielleicht auch ganz weg.

Stadträtin Geißinger (Volt): Jetzt wurde schon einiges gesagt. Ich möchte es vielleicht noch mal ein bisschen kurz fassen. Erst einmal natürlich auch danke vielmals an alle, die beteiligt waren, die Vorschläge zu erarbeiten. Ich glaube, auch wenn man hier arbeitet, ist es mit Sicherheit kein leichtes, seine eigene Arbeit vorzuschlagen, zu kürzen. Genauso wenig ist es schön für die, die es am Ende trifft. Genauso wenig ist es schön für gewählte Vertreterinnen und Vertreter, die wir hier sitzen, so etwas zu beschließen. Ich glaube, wir haben wunderschöne Ideen, die wir lieber stattdessen umsetzen würden. Aber es geht nicht. Es ist an uns, jetzt die Sache zu beschließen, weil wir haben keine Option. Wenn das Land übernimmt, wissen wir genau, haben wir gar keine Handhabe mehr. Und am Ende wissen wir vielleicht noch am ehesten, wo es am wenigsten schmerzt, auch wenn es immer schmerzen wird.

Wir sind sehr dankbar dafür, dass die Geschwisterkind-Regelung jetzt vorerst ausgenommen wurde. Gerade in der Kürze der Zeit ist es nicht zumutbar, solche großen Beträge teilweise aufzubringen. Wir brauchen aber grundsätzlich eine neue Finanzierungsthematik, gerade in diesem Fall. Also danke auch an die Eltern, die sich eingesetzt haben, und danke auch an die Fraktionen, die das alle mitgetragen haben, das auszunehmen.

Zum Änderungsantrag der GRÜNEN noch. Wir haben uns sehr schwer getan, gerade auch mit der VHS oder mit der generellen Umschichtung. Wir werden jetzt allerdings an der Stelle mit dem Vorschlag der Verwaltung mitgehen, würden aber den Antrag zum Zweck der Hebammen unterstützen, weil es dann doch auch nur um 70.000 Euro geht, die wir an der Stelle auf jeden Fall nicht streichen möchten. Zu guter Letzt, ich glaube, was wir jetzt auf jeden Fall brauchen, ist eine klare Priorisierung der Themen. Ich glaube, wir brauchen mehr als Lippenbekenntnisse, die es bisher gab. Es ist unsere aller Aufgabe, dafür zu sorgen, dass wir wissen, wo wollen wir als Stadt hin, bei welchen Bevölkerungsgruppen fließt wie viel Geld, wie viel Geld bräuchten diese Gruppen eigentlich. Wir müssen ganz viel mehr nachdenken, wen wir eigentlich konkret in der Stadt fördern und warum. Deswegen fordere ich uns alle quasi noch einmal auf, im Haushalt diese Frage im Hinterkopf zu behalten, wenn es um solche Themen geht. Ich hoffe, damit können wir jetzt gleich die Sperre aufheben und zumindest dieses Thema ad acta legen. Aber es werden mit Sicherheit noch sehr viel unschönere Themen in den nächsten Monaten uns bevorstehen.

Stadträtin Berghoff (Die Linke): Es klingt ein wenig absurd, der Aufhebung einer Haushaltssperre, die wohl niemand wollte, nicht zuzustimmen. Aber mit einer Zustimmung stimmen wir auch dem Vollzug sämtlicher vorgeschlagener Maßnahmen zu. Und das können wir weder mit unserer Haltung noch mit unserem Gewissen vereinbaren, angefangen mit der Kultur, die einen so wertvollen Beitrag für die Demokratie leistet. Große Sorge bereitet uns aber auch, und das wurde hier noch gar nicht erwähnt, der Bereich Schulsozialarbeit. Hier wurde sich darauf berufen, man könne das auch über Fördermittel regeln. Nur hat in der Zwischenzeit auch das Land klammheimlich bei der Schulsozialarbeit den Rotstift angesetzt und will Zuschüsse per Verwaltungsvorschrift massiv kürzen. Zu der Beitragsbefreiung für Geschwisterkinder wünschen wir uns mehr Transparenz nach außen. Wir haben Gespräche mit Eltern geführt, die davon ausgehen, die Sache sei komplett vom Tisch.

Mit Blick auf die frühen Hilfen danken wir ausdrücklich den Kolleginnen und Kollegen der GRÜNEN für den Änderungsantrag, dem wir gerne zustimmen. Und auch wenn wir einzelne Punkte auf der Liste mittragen könnten, das Gesamtpaket eben nicht. Rasenmäherlösungen in gesellschaftspolitisch vulnerablen Zeiten auf Kosten der für die Demokratie wichtigen Bereiche Soziales, Prävention und Kultur lehnen wir ab.

Stadträtin Döring (KAL): Danke für die Ansage, Anton. Die Karlsruher-Liste-Fraktion wird heute den vom Gemeinderat zu beschließenden Einsparmaßnahmen in den Teilhaushalten Kultur und Jugend und Soziales nicht zustimmen. Wir sind uns unserer haushaltswirtschaftlichen Verantwortung wohl bewusst. Wir wissen, welche Konsequenzen aus der Weiterführung der hauswirtschaftlichen Sperre drohen. Wir haben aber auch gesehen, welche Flexibilität scheinbar noch im System steckt, wenn der Gemeinderat seinen politischen Willen deutlich äußert, siehe Geschwisterkind-Regelung. Deshalb können wir die Maßnahmen in den Bereichen Kultur und Jugend und Soziales nicht mittragen, aus ganz grundsätzlichen politischen Erwägungen, denn doch, wir werden Menschen verlieren. Kultur und Soziales sind der Kitt unserer Gesellschaft. Demokratie erfordert ein Miteinander, braucht Dialog, den Blick auf Neues und anderes. Demokratie braucht unbedingt den Schutz derer, die Unterstützung zur Teilhabe brauchen, die selbst nicht laut sein können. Diese Dinge werden durch die Arbeit und das Engagement, das sich hinter den Zahlen dieser Teilhaushalte verbirgt, geleistet. Sie sind für uns nicht trennbar. Kultur und Sozialpolitik müssen immer zusammen gedacht werden.

Die Karlsruher Liste ist davon überzeugt, dass ein Weniger in der Kulturarbeit und in der Unterstützung im Bereich Jugend und Soziales unserer Stadtgesellschaft wieder auf die Füße fällt, politisch und finanziell. Einsparmaßnahmen in diesen Bereichen müssen deshalb gut durchdacht, intensiv diskutiert und grundsätzlich geprüft werden. Das braucht Zeit, die uns nicht ausreichend gegeben war. Und sie müssen in einer Gesamtschau städtischer Aufgaben gestellt werden, die uns aufgrund der kurzfristigen Kenntnis der Einsparmaßnahmen aus allen Dezernaten nicht möglich war. Wir sind offen für diese Diskussion, den kommenden Haushalt betreffend. Wir bekräftigen deshalb noch einmal unseren Wunsch, so früh wie möglich Kenntnis von möglichen Einsparmaßnahmen zu bekommen, seien sie auch noch so unausgereift oder unabgestimmt. Denn wir sind uns unserer Verantwortung für die gesamte Stadt bewusst, und genau deshalb lehnen wir die Kürzungen in den Teilhaushalten Kultur und Jugend und Soziales ab. Wir kriegen Kopf und Herz eben diesmal nicht zusammen. Unsere Prioritätensetzung über den Gesamthaushalt ist eine andere.

Deshalb beantragen wir die getrennte Abstimmung der vom Gemeinderat zu entscheidenden Einsparmaßnahmen in den Teilhaushalten 4100 und 5000 gerne en bloc. Und ansonsten wird es ein heißer Herbst, und ich freue mich da auch ein bisschen drauf.

Stadtrat Kalmbach (FÜR): Man spürt es schon, dieses Warmlaufen für den Herbst. Es wird eine heiße Zeit, und es macht keinen Spaß. Es macht wirklich keinen Spaß. Wir haben gehört, es tut weh. Es sind unschöne Dinge, die wir hier bewegen müssen. Aber wir müssen Entscheidungen treffen. Es fällt uns leicht, drauf zu satteln. Es fällt uns leicht, über die Jahre immer neue Dinge zuzulegen, und auch mehr. Jetzt müssen wir aber auch dazu stehen, wenn es nicht mehr geht, dass man auch die Dinge reduziert.

Liebe Sonja, es ist ja so, Kultur und Soziales gehört zusammen, muss man zusammen betrachten, aber das Wirtschaftliche gehört auch dazu, wenn das Geld nicht da ist. Dann können wir das uns halt auch nicht leisten. Jetzt gibt es zwei verschiedene Vorschläge. Der Detlef sagt, wir sollen das grundsätzlich en bloc einfach so nehmen, wie es die Verwaltung sagt. Die GRÜNEN sagen jetzt, wir sollen das abstufen und differenzieren. Und ich glaube auch tatsächlich, wenn wir jetzt differenzieren, dann kommen wir nicht weit. Aber im Herbst, da müssen wir differenzieren. Jetzt können wir uns nicht erlauben, das noch in die Länge zu ziehen. Deswegen bin ich sehr dafür, dass wir es en bloc abstimmen.

Gleichzeitig bin ich sehr dankbar dafür, dass die Geschwisterkind-Regelung rausgeflogen ist und dass man sagt, es gibt eine differenzierte Lösung an der Stelle. Also es ist schon eine schwierige Sache, deswegen müssen wir frühzeitig anfangen. Und der Appell kam an Sie, Herr Oberbürgermeister, doch sehr deutlich. Wir müssen die Pflöcke richtig einrammen, was die Schwerpunkte anlangt, aber auch was die Rechtzeitigkeit bedarf. Also wir müssen rechtzeitig anfangen, miteinander zu streiten, damit am Schluss ein guter Kompromiss rauskommt. Ich werde auf jeden Fall hier zustimmen, weil es einfach jetzt nötig ist, eine Entscheidung zu treffen.

Der Vorsitzende: Ich würde gerne zu ein paar Punkten noch etwas ergänzen. Mir ist beim Thema Schulsozialarbeit noch einmal wichtig, dass wir hier ausschließlich Projektmittel in diesen Monaten einkürzen und die grundsätzliche Struktur unserer Schulsozialarbeit nicht reduzieren, nur damit das einfach mal klar ist. Das wird manchmal ein bisschen anders wahrgenommen. So sollte eigentlich auch unsere Linie sein, dass wir immer versuchen, Strukturen zu halten, aber dann das Add-on eben in Frage zu stellen, weil wir anders auf diese Einsparbeiträge nicht kommen.

Bei dem Thema Geschwisterkind-Regelung will ich nur noch mal darauf verweisen. Es ist nicht so, dass wir die dann im Herbst mal eben heimlich einführen, sondern die werden natürlich im Herbst hier noch mal diskutiert werden. Ich finde es von Ihnen, Frau Döring, schon spannend, zu sagen, na ja, es zeigt, dass die Verwaltung am Ende doch flexibel ist. Ich will noch einmal auf die Dimensionen eingehen. Wir müssen 50 Millionen einsparen. Sie müssen am Ende nur über 5 Millionen überhaupt eine Entscheidung treffen, weil die Verwaltung - da bin ich dem Dezernat 4 gegenüber im Nachhinein sowohl noch sehr verwundert, als auch dankbar -, weil wir es aus unseren städtischen Gesellschaften raussaugen. Das können wir aber auch nur einmal machen, 35 Millionen, und weil von den restlichen 15 Millionen auch 10 Millionen wieder aus der Verwaltung rausgequetscht werden, ohne dass Beschlüsse von Ihnen überhaupt tangiert sind. Um diese letzten 5 Millionen entsteht jetzt zum Teil eine Diskussion, als ging es um das Überleben einiger Menschen in

dieser Stadt. Ich bitte, das einfach mal ein bisschen zu relativieren. Sie haben die Geschwisterkind-Regelung wieder rausgenommen, und Gott sei Dank ist uns noch etwas Kreatives eingefallen, wie wir es gegenfinanzieren können. Das ist kein Anzeichen, Sie können nur immer rausstreichen, dann wird die Verwaltung schon noch was finden. Hier haben wir schlichtweg auch ein bisschen Glück gehabt, weil beim Thema BTHG jetzt doch eine höhere Landeszuweisung erfolgt, als es ursprünglich zu erwarten war. Aber selbst wenn ich das jetzt noch einmal rausnehme, haben Sie am Ende eigentlich nur noch über 3 Millionen zu entscheiden, weil die 2 Millionen haben wir jetzt auch noch anders irgendwie zusammengekaspert. Insofern bitte ich, das in der Relation auch einmal anzuerkennen, was die Verwaltung von sich aus schon alles buckelt, indem sie Stellen nicht besetzt, ihre eigenen Prozesse erschwert, Sachkosten reduziert und, und, und, und wie viel dann wirklich letztlich nur bürgerrelevant und damit auch Kommunalpolitik relevant wird. Das bitte ich, einfach auch ein Stück weit so zu akzeptieren.

Liebe Frau Döring, das wird nicht bei jeder Sache so klappen, dass wir Ihnen mal eben einen alternativen Finanzierungsvorschlag machen. Nur die Angst vor dem Fortbestehen einer haushaltswirtschaftlichen Sperre ist so groß, dass wir an der Stelle auch noch unsere Großmutter verkaufen würden. Aber das ist auch endlich. Insofern verlassen Sie sich bitte nicht drauf.

Diese Kürzungen im Kultur- und im Sozialbereich pauschal abzulehnen, ist in Ordnung. Sie damit zu begründen, dass dieses Thema Hebammen nicht schon seit März bekannt ist und dass das zu kurzfristig ist, sich mit den Folgen auseinanderzusetzen, kann ich persönlich nicht nachvollziehen. Wenn es zwischen März und Ende Juni nicht möglich ist, sich darüber ein Bild zu verschaffen, was richte ich damit an oder auch nicht, weiß ich nicht, wie Sie es dann von Juli bis Oktober oder September bis Dezember schaffen wollen. Da geht es dann noch einmal um ganz andere Brocken.

Also ich würde an uns appellieren, dass wir jetzt nicht unter dem Argument, wir haben nicht genug Zeit gehabt oder Ähnliches, wir müssen am Ende im Herbst uns für oder dagegen entscheiden, aus einer Gesamtverantwortung, aber auch aus einer persönlichen Abschätzung der Konsequenzen. Und diese anderen Argumentationsstränge, die helfen uns, glaube ich, nicht weiter. Jetzt ist beim Thema Hebammensprechstunde auch die Überschrift, Einsparungen gefährden präventive Gesundheitsversorgung für Schwangere und Neugeborene, und in der öffentlichen Diskussion wird es fast mit frühen Hilfen insgesamt gleichgesetzt, und in der Zeitung auch gab es eine entsprechende Berichterstattung. Deswegen wäre mir an der Stelle noch einmal ganz wichtig, Frau Langeneckert, wenn Sie uns vielleicht zum Thema, wie ist das Niveau der frühen Hilfen in Karlsruhe und welchen Anteil hat jetzt dieses Thema Hebammensprechstunden hier daran, das vielleicht noch einmal ganz kurz auseinanderdröseln. Ich würde auch wirklich die Karlsruher Liste bitten, wenn ein solcher Vorschlag aus der Verwaltung kommt, und wir hätten im Sozialbereich viele andere Vorschläge machen können, die alle nicht gekommen sind, dann unterstellen Sie bitte den Leuten nicht, dass sie damit leichtfertig die Konsequenz akzeptieren, dass irgendjemand, der besonders teilhabebedürftig wäre, auf der Strecke bleibt. Das, glaube ich, sollten wir unseren Fachdienststellen genauso wenig unterstellen wie in allen anderen Fachbereichen unseren Fachdienststellen. Dass man dann nach einer Überprüfung der Maßnahme trotzdem zu dem Ergebnis kommt, das will ich politisch trotzdem nicht, das ist etwas anderes. Aber ich bitte darum, dass wir auch von der Dramatik der Darstellung von Auswirkungen gucken, dass wir das gut begründen können, warum wir dann doch dagegen sind.

Aber jetzt von pauschalen Aussagen, da treffen wir die Ärmsten, da wird es Menschen geben, die auf der Strecke bleiben, so ähnlich haben Sie es formuliert, da bitte ich, dass wir das sehr sorgfältig im Herbst tun, weil das dann im Grunde auch gegenüber unserer Fachverwaltung ein Stück weit eine Fahrlässigkeit oder fast sogar eine Missachtung eigentlich unserer Grundkultur unterstellt, die ich als Verwaltung hier für meine gesamte Verwaltung so ganz deutlich ablehnen muss.

Frau Langeneckert, vielleicht können Sie noch mal zu unserem Stand der frühen Hilfen etwas erläutern.

Frau Langeneckert (SJB): Es ist so, dass es uns natürlich auch sehr schwergefallen ist, an diese Maßnahmen zu gehen. Sie haben uns den Auftrag gegeben, wir sollen schauen, was sind unsere gesetzlichen Aufgaben und was die freiwilligen. Dann lande ich ganz schnell bei Präventionsaufgaben, nur einfach vom Grundsätzlichen her. Es ist so, dass wir ein sehr ausführliches System und sehr viele Angebote haben in den frühen Hilfen, die über Jahre aufgebaut wurden, die teilweise auch von Bund und Land finanziert werden. Aber wir haben eben auch, und es wurde heute Abend auch schon so genannt, immer wieder Angebote noch einmal ausgebaut. So haben wir uns das angeschaut. Deshalb ist es für uns natürlich auch schmerzhaft an der Stelle, und wir haben uns tatsächlich überlegt, eher zwei zu halbieren, als eine ganz aufzugeben, weil das auch in einem laufenden Haushaltsjahr besser machbar ist. Aber diese Familien, um die es geht, die sind sonst auch in unseren Netzwerken drin. Also alle, die mit Kindern, mit Neugeborenen, mit Familie zu tun haben, schauen darauf. Aus unserer Sicht geht niemand verloren. Der wird halt über ein anderes System dann angesprochen oder auch identifiziert, dass es Hilfe braucht.

Natürlich ist es schade, weil dieser Aufbau mit diesen Hebammen war eine wirklich tolle Sache. Aber es ist so, wie wir es auch schon genannt haben. Wenn wir draufschauen müssen, wo können wir jetzt auch was weniger machen, dann ist das ganz klar so ein Bereich. Und ich möchte noch einmal sagen, wir haben alles im laufenden Haushaltsjahr identifizieren müssen, was echt nicht einfach ist. Von dem her kann ich jetzt tatsächlich keine Prozentzahl aus dem Handgelenk sagen, wie viel das ist, aber es gibt einfach noch wahnsinnig viele Strukturen. Wir haben unseren sozialen Dienst, wir haben Netzwerke, wo die Neugeborenen-Stationen zusammenarbeiten mit unseren Beratungsstellen, mit unseren gesamten frühen Hilfen, wo überall irgendwo auch noch einmal was aufschlagen kann. Und dann können wir auch reagieren, weil wir unsere ganzen gesetzlichen Hilfen auch immer noch haben.

Stadträtin Döring (KAL): Ich wollte nur noch einmal kurz klarstellen, dass wir hier niemandem irgendwelche Leichtfertigkeit unterstellen. Also kein Mensch in diesem Raum, egal ob er hier als gewählte Person sitzt oder als Mitarbeiter*in in der Verwaltung, macht sich diesen Prozess einfach und die Entscheidungen, die er oder sie hier fällt oder uns vorschlägt. Und wir sehen auch ganz klar die Schmerzhaftigkeit, die in diesem Prozess steckt, aufseiten der Verwaltung, diese Vorschläge zu erarbeiten, uns zu unterbreiten, von uns Gegenwind zu bekommen, neu zu denken, das sehen wir alles. Trotzdem sehen wir uns als politische Gruppierung auch in der politischen Verantwortung, zu sagen, was wir politisch wollen. Und in diesen Abwägungsprozess müssen wir gehen. Das ist heute unsere Entscheidung. Ich denke, für den Doppelhaushalt im Herbst werden wir dann weitersehen.

Aber ganz klar möchte ich noch einmal auch gerade Richtung Verwaltung formulieren, auch von unserer Seite. Wir sehen die Arbeit, die Sie machen, und wir sehen, was da für eine Kraft und eine Energie und auch für eine Sorge für diese Stadt dahintersteckt. Das würde ich gerne noch einmal klargestellt haben.

Der Vorsitzende: Dann können wir jetzt in das Abstimmungsprozedere einsteigen. Ich fange mit den Änderungsanträgen an, weil die die grundsätzliche Vorlage noch einmal verändern würden, und rufe auf 5.1, den Änderungsantrag der GRÜNEN, der sich mit dem Thema Hebammensprechstunden erhalten beschäftigt, und bitte jetzt bezogen auf diesen Änderungsantrag um Ihr Votum ab jetzt. – Das ist eine mehrheitliche Ablehnung.

Stimmt irgendwas nicht? Also wir sind dann bei 24 zu 21. Okay, ich wiederhole die Abstimmung noch einmal. Also, wir stimmen jetzt noch einmal ab, den Änderungsantrag zu den Hebammen, und zwar ab jetzt. – Ich glaube, das stimmt jetzt so, oder? Okay, Frau Schütz hat auch dagegengestimmt. Dann würden wir sagen, es sind 26 Nein-Stimmen und 20 Ja-Stimmen. Sind wir uns da einig? Damit ist er mehrheitlich abgelehnt.

Jetzt rufe ich auf den Tagesordnungspunkt 5.2, den weiteren Änderungsantrag der GRÜNEN. Da geht es darum, den Teilhaushalt Kultur nach diesen verschiedenen Gruppen zu staffeln, und bitte um Ihr Votum ab jetzt. – Das ist eine mehrheitliche Ablehnung.

Damit steht jetzt die Gesamtvorlage der Verwaltung zur Abstimmung. Hier gibt es eine Reihe von Maßnahmen in Anlage 3, die sind alle durch die Verwaltung durchzuführen. Da hat es jetzt keine Änderungsanträge gegeben. Bei den Maßnahmen, die eine Entscheidung durch den Gemeinderat erfordern, gibt es die Bitte, dass wir 4.100 Kultur und 5.000 Jugend und Soziales gemeinsam, aber eben getrennt vom Rest abstimmen. Das rufe ich jetzt hier auf, und ich rufe unsere Liste auf, dass unsere Einsparvorschläge jetzt zur Diskussion stehen, unter 4.100 und 5.000. Es gab jetzt die Bitte, dass wir getrennt abstimmen, und ich würde das jetzt nicht als Antrag hier aufnehmen, sondern wir stimmen jetzt hier getrennt ab. Das machen wir sonst auch.

Also ich rufe auf Anlage 2, die Vorschläge der Verwaltung zum 4.100 und 5.000 und bitte um Ihr Votum ab jetzt. – Das ist eine mehrheitliche Zustimmung.

Damit können wir, glaube ich, die gesamte Beschlussvorlage inklusive der Aufhebung der Haushaltswirtschaftlichen Sperre jetzt hier zur Abstimmung stellen. Da bitte ich Sie um Ihr Votum ab jetzt. – Das ist eine mehrheitliche Zustimmung.

Damit ist die haushaltswirtschaftliche Sperre aufgehoben. Wir können auch dieses letzte Prozent an Budget freigeben. Wir kommen vor allem aber jetzt zu einem vernünftigen Abschluss dieses Jahres, der eigentlich nicht vernünftig ist, weil er immer noch hochdefizitär ist, der aber zumindest einmal genehmigungsfähig bleibt in unserem Haushalt. Dafür ganz herzlichen Dank an alle in der Verwaltung, die Dezernent*innen, aber vor allem auch an Sie, dass wir uns jetzt doch in einer sehr großen Zustimmung hier auf diesem Weg in einen Erfolg begeben haben. Lassen Sie uns das eine oder andere, was wir jetzt heute hier besprochen haben, im Herbst als Grundlage nehmen einer noch viel schwierigeren und auch einschneidenderen Diskussion.

Ich unterbreche die Sitzung für eine halbe Stunde, und um fünf vor halb treffen wir uns hier wieder.

(Unterbrechung der Sitzung von 16:55 – 17:25 Uhr)

Zur Beurkundung:
Die Schriftführerin:

Hauptamt - Ratsangelegenheiten –
14. Juli 2025